

Dresden. (Ein Riesensportpalast in Dresden?) In jüngster Zeit sind unter Führung einer Bankgruppe Verhandlungen eingeleitet worden, um ein im Privatbesitz befindliches großes Grundstück im Zentrum Dresdens zu erwerben, um auf diesem nach dem Muster des Berliner Sportpalastes eine „Sachsenhalle“ zu erbauen. Man will, wie die „Dresdner Nachrichten“ melden, eine Sporthalle schaffen, die 16 000 Personen Platz bietet und in der größere Hallensportfeste, Sechstages- und sonstige Radrennen, Reit- und Fahrturniere, Kongresse und Massenversammlungen stattfinden können. Mit dieser Sachsenhalle würde sich Dresden mit an die Spitze der Großstädte stellen, die bereits eine Sporthalle besitzen. Daß sich eine derartige Sportstätte in jeder Beziehung verzinslich, beweisen die Beschnitzfiguren der Dortmunder „Westfalenhalle“, wo augenblicklich ein Sechstages-Mennen rollt. Dresden würde einen gewaltigen Zuzug von auswärtigen erhalten, wenn hier große Veranstaltungen abgehalten werden. Die Finanzierung des Planes erfolgt von privater Seite; es handelt sich bei diesem Projekt um eine Summe von zwei Millionen. Ein beträchtlicher Betrag ist bereits gezeichnet.

Dresden. (Aussperrung in den Sächsischen Gußstahlwerken.) Wie die Direktion der Sächsischen Gußstahlwerke A.-G. in Freital mitteilt, ist die gesamte Belegschaft ausgesperrt worden, weil sich die Arbeiterchaft beharrlich geweigert hat, die ihr auf Grund des für verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 29. Dezember 1927 obliegenden Verpflichtungen einzuhalten. Von der Aussperrung werden 2000 Mann betroffen.

Dresden. (Wieder eine Kindesleiche gefunden.) Von einem Fischermeister wurde die völlig nackte Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aus der Elbe gezogen. Das Kind ist wahrscheinlich gleich nach der Geburt in die Elbe geworfen worden und kann noch nicht lange im Wasser gelegen haben. Zur Ermittlung der Kindesmutter sächdienliche Angaben wollte man der Kriminalabteilung nach Zimmer 149 mitteilen.

Dresden. (Eine Ehe tragödie.) Im Grundstück Strehlerer Straße 10 spielte sich eine Ehe tragödie ab. Dort wurde das Ehepaar Hüttmann von Kriminalbeamten mit starken Vergiftungserscheinungen in ihren Betten liegend aufgefunden. Bei Hüttmann war bereits der Tod eingetreten, während seine Ehefrau noch Lebenszeichen von sich gab. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß beide wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten gemeinschaftlich den Tod gesucht haben.

Brüßel. (Für den Ausbau der Schweinitzalbahn.) Durch den Krieg ist das oft aufgetauchte Projekt, die jetzt in Deutsch-Neudorf i. S. endende Schweinitzalbahn bis nach Böhmen mit Anschluß an den Endpunkt Wiesa-Oberleutensdorf auszubauen, nicht zur Ausführung gekommen. In den nächsten Tagen wird nun dieser Plan neuerlich aufgerollt werden, und es ist für den 26. Januar in Oberleutensdorf eine Konferenz aller Interessenten angesetzt. Auch die tschechoslowakischen Kriegs-, Eisenbahn- und Handelsministerien, die Handelskammer, die Abgeordneten, die Städte, der Landesverband für Fremdenverkehr, die Großindustrie usw. werden Vertreter entsenden.

Protestkundgebung gegen das Reichsschulgesetz.

Im Dresdener Gewerbehause fand eine öffentliche Protestkundgebung gegen die die sächsische Volksschule und die sächsischen Schulgesetze betreffenden Beschlüsse des Bildungsausschusses des Reichstages statt. Für den die Kundgebung vorbereitenden Ausschuss zeichneten: Staatsminister a. D. Professor Dr. Seifert, Staatsminister a. D. Kreisauptmann Bud, Oberschulrat Dr. Krane, Reichsminister a. D. Dr. Kütz und Landtagspräsident Schwarz.

Der erste Redner, Innenminister Dr. Apelt, behandelte die staatsrechtliche Seite des Reichsschulgesetzentwurfes und wandte sich scharf gegen die Sonderbehandlung, die Sachsen durch das Gesetz erfahren solle. In einem demokratischen Regierungssystem dürfe kein Land unter andere reichsgesetzliche Bestimmungen fallen als die anderen Länder. Das trennende Moment der Konfession, das man bereits überwunden geglaubt habe, drohe mit dem Reichsschulgesetz wieder aufzuleben. Das sächsische Volk werde lange und schwer an dem Reichsschulgesetz zu tragen haben und deshalb müsse vor allem

gegen die Sonderbehandlung Sachsens

scharfster Widerspruch erhoben werden. Wenn nicht die völlige Ablehnung des § 18 a durchgesetzt werden könne, dann müsse wenigstens die in der Reichsverfassung vorgesehene Übergangsbestimmung einer zehnjährigen Übergangsfrist für das sächsische Schulwesen Anwendung finden. Aber auch das lehne der Bildungsausschuss ab. Der Redner ging noch kurz auf die finanzielle Seite des Entwurfs ein, durch den vor allem die mittleren und kleinen Gemeinden schwer betroffen würden. Über die Frage der Kostendeckung habe die Reichsregierung bisher kein Wort gesagt.

Vom Standpunkt der Gemeinden aus nahm Stadtrat Dr. Böhm e-Chemnitz zu dem Gesetzentwurf Stellung, dessen entschiedenste Gegner die Gemeinden seien. An Hand von Lichtbildtafeln legte der Redner im einzelnen die aus dem Gesetz erwachsenden Mehrausgaben für die Gemeinden dar und forderte, daß das Reich, wenn das Schulgesetz durchgeführt werden solle, auch sämtliche Mehrkosten übernehmen müsse.

Nachdem noch Hochschulprofessor Dr. Kroner-Dresden und Universitätsprofessor Dr. Götz-Leipzig in allgemeinen Ausführungen gegen das Reichsschulgesetz gesprochen hatten, wurde von der Versammlung eine Entschließung gefaßt, in der die Regierung und der Landtag ersucht werden, die sächsische Volksschule gegen die beabsichtigten Gewaltakte des Bildungsausschusses energisch zu schützen. Von dem Reichstag und dem Reichsrat wird erwartet, daß sie dem beabsichtigten Ausnahmegesetz gegen Sachsen ihre Zustimmung versagen.

Austritt der A. S. P. D. aus dem Reichsbanner.

Der Parteiausschuß der Alten Sozialistischen Partei erließ an die Mitglieder der A. S. P. D. eine Kundgebung, in der es heißt: Durch sein Rundschreiben habe der Bundesvorstand des Reichsbanners den grundsätzlichen Standpunkt der Unparteilichkeit verlassen und sich zum einseitigen politischen Sachwähler der Sozialdemokratischen Partei gemacht. Die parteipolitische Einstellung des Bundesvorstandes verbiete es, den Mitgliedern der A. S. P. D. weiter im Reichsbanner zu verbleiben. Die Reichsbannerkameraden der A. S. P. D. werden daher, so heißt es in der Kundgebung, aufgefordert, unverzüglich aus dem Reichsbanner auszutreten. Die Frage bleibe noch zu klären, inwieweit das Zentrum und die Demokraten den Beschluß des Bundesvorstandes deden wollten. Die A. S. P. D. erklärt, daß ihre unerschütterliche republikanische Staatsgesinnung durch das Vorgehen des Bundesvorstandes des Reichsbanners nicht berührt werde. Der erweiterte Parteiausschuß der A. S. P. D. beschloß einstimmig, sich an den kommenden Reichstagswahlen mit eigenen Kandidaten zu beteiligen.

Eröffnung der 8. Sächsischen Landwirtschaftswoche.

Am Montag fand im Vereinshaus die Eröffnung der 8. Sächsischen Landwirtschaftswoche durch den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Vogel sang, statt. In der Eröffnungsaussprache erklärte er, daß niemals der Charakter einer ernsten Warnung und Mahnung an die Öffentlichkeit und an alle Stellen der Reichs- und Staatsregierung so sehr im Vordergrund gestanden habe wie bei der diesjährigen Landwirtschaftswoche. Die Lage der Landwirtschaft und damit die der breitesten Öffentlichkeit sei so ernst zu beurteilen, wie es überhaupt nur möglich sei. Im Namen der sächsischen Regierung sprach dann Wirtschaftsminister Dr. Krug von Kibda. Der Minister erklärte, die Notlage der Landwirtschaft sei schwer. Ebenso schwierig sei es aber, dieser Notlage abzuhelfen. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus sei die Verminderung der Lasten zu fordern und vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus die Herabsetzung der Produktionskosten. Der Minister betonte die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens und des gegenseitigen Vertrauens. Sodann ergriff Geh. Regierungsrat Univ.-Prof. Dr. Wiedenfeld, Leipzig, das Wort zu einem Vortrag „Der Unternehmungskauf in Landwirtschaft und Industrie“. Der Vortragende ging von der vielfach bestehenden Auffassung aus, daß Landwirtschaft und Industrie zwei in sich geschlossene Komplexe seien und behandelte dann eingehend den Aufbau zunächst der Industrie und dann der Landwirtschaft sowie die unterschiedliche Voraussetzung für die beiden wichtigsten Zweige der deutschen Volkswirtschaft. Im Anschluß an die Eröffnung der landwirtschaftlichen Woche eröffnete Rittergutsbesitzer Vogel sang als erste der zahlreichen Sonderausstellungen die Ausstellung des Landesbauvereins für Sachsen.

Tagungen in Sachsen.

Eine Kundgebung des Mittelstandes.

Dieser Tage fand in Dresden die Hauptversammlung der Ortsgruppe Dresden der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes statt. Nach der Erlebigung des geschäftlichen Teils hielt Reichstagsabgeordneter Mollath einen Vortrag über die Frage: Soll Deutschlands Mittelstand endgültig vernichtet werden? Er beantwortete sie dahin: Der Mittelstand dürfe nicht untergehen, wenn Deutschland leben wolle. Was die Stürme der Novemberrevolution nicht zugebracht hätten und was auch durch die Inflation nicht vollständig gelungen sei, das vollziehe sich jetzt langsam, aber sicher: der Untergang des Mittelstandes. Ein Gesetz nach dem andern werde vom Reichstag verabschiedet, durch das die

wirtschaftliche Basis der kleinen Selbständigen untergraben werde. Diese Gesetzgebung führe auch zu einer Aufblähung des Verwaltungsapparates. 72-84 Prozent des Gewinns, den die Einkünfte zur Einkommensteuer beim gewerblichen Mittelstand ausweisen, würden durch die gewerblichen und durch die Grundbesitzer weggezogen. Weiter werde durch die Organisationen der Beamtenschaft die unzureichende Existenzbasis des Mittelstandes durch die Selbstverforgungsmaßnahmen stark geschwächt. Der Mittelstand fordere das allgemeine Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer. Alle Kreise der Bevölkerung müßten es an ihrem eigenen Beutel merken, was die von ihnen gestellten Ansprüche kosten. Erst dann sei auf eine unnahefällige Nachprüfung der Ausgaben zu rechnen. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß die ganze Last der Ausgaben auf den gewerblichen Mittelstand und auf den Grund- und Hausbesitz gelegt werde.

Ein Einheitsstaat aber unter der Führung der preussischen Sozialdemokratie komme für den Mittelstand nicht in Frage. Dieser wolle ein Großdeutschland, aber kein Großpreußen.

Groeners Programm.

Erhaltung des Vertrauensverhältnisses zu Hindenburg. Berlin. Ein Berliner Morgenblatt bringt eigene Informationen von dem Reichsminister Groener nächstehender Seite über das politische Programm und das Reichswehrprogramm des neuen Reichswehrministers.

Den Mitteilungen entnehmen wir, daß mit irgendeinem Systemwechsel nicht zu rechnen sein werde. Groener werde vor allem am Herzen liegen, das Vertrauensverhältnis zum Reichspräsidenten zu erhalten. In einen Personenwechsel von Bedeutung sei nicht zu denken. Da der Haushalt des Wehrministeriums bereits den Reichsrat passiert habe und dem Reichstage vorliege, werde der Minister die Vorlage der Reichsregierung zu vertreten haben. Es sei damit zu rechnen, daß die Beratungen dieses Etats wegen des Ministerwechsels an das Ende der Beratungen des Haushaltsausschusses gestellt werde. Fragen grundsätzlicher Art, die zu sofortiger Entscheidung drängen, lägen in der Wehrmachtsverwaltung nicht vor. In der Frage der wirtschaftlichen Abte, die den deutschen Osten bedrückten, stehe der Minister aus eigener Erfahrung als Chef der Eisenbahnabteilung des Generalstabes und als Reichsverkehrsminister auf dem Standpunkt der Reichsregierung.

Reichswehrminister Groener und die Divisions-Generale.

Reichswehrminister Groener wird in den nächsten Tagen die Divisions-Generale der Reichswehrdivisionen nach Berlin berufen, um sich ihnen vorzustellen und um mit ihnen die gegenwärtig schwebenden militärischen Fragen zu besprechen.

Ausgleichsfonds des Reiches für die Schulkassen der Länder.

Eine Besprechung der Führer der Regierungsparteien

mit dem Reichskanzler hat am Montag stattgefunden, in der grundsätzlich zu den noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten über das Reichsschulgesetz Stellung genommen wurde. Zunächst wurde die Kostenfrage behandelt, und die Führer der Regierungsparteien erklärten sich damit einverstanden, daß das Kabinett über die Kostenfrage in dem Sinne einen Beschluß faßt, daß zunächst der Reichsinnenminister im Bildungsausschuß eine Erklärung abgibt.

In dieser Erklärung wird der Reichsinnenminister feststellen, daß, vorbehaltlich von Verhandlungen mit den Ländern, die Reichsregierung eventuell bereit sei, mit Hilfe eines Ausgleichsfonds dort die Schwierigkeiten der Kosten zu vermindern, wo sie besonders groß sind und die Länder besonders belasten.

Außerdem wurde über den Paragraphen 20 des Reichsschulgesetzes verhandelt, der von den Simultanschul-Ländern handelt. Die Deutsche Volkspartei wird dazu im Bildungsausschuß einen Antrag einbringen, der nicht die Zustimmung der Deutschnationalen und des Zentrums gefunden hat.

Neue Verhandlungen mit Parker Gilbert.

Der Reparationsagent Parker Gilbert ist vor einigen Tagen in Berlin wieder eingetroffen. Man rechnet bei der Reichsregierung damit, daß sich der Reparationsagent noch in dieser Woche mit dem Reichsfinanzminister in Verbindung setzen wird und daß dann die Verhandlungen zwischen dem Reparationsagenten und der Reichsregierung, die durch die Abreise Parker Gilberts nach Washington Ende vorigen Jahres unterbrochen wurden, fortgesetzt werden.

Schulkreuzer „Emden“ in Haiti.

Berlin. Schulkreuzer „Emden“ ist in Santa Barbara de Samana (Dominikanische Republik) eingetroffen und wird am 9. Februar nach St. Thomas in West-Indien in See gehen.

Ausverkauf der deutschen Wirtschaft.

Minister. Der Landesverband Westfalen der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Sonntag seinen sechsten Parteitag ab. Geheimrat Hungenberg sprach über „Verfassung und Wirtschaft“. Er warnte vor allzu großem Optimismus. Es sei zu befürchten, daß hinter dem, was wir jetzt vor uns sich abspielen sehen, wieder eine neue Welle der Arbeitslosigkeit stehen werde. Schon jetzt sei zu sehen, wie sich die Zahl der Betriebe dauernd vermindere, die mit Renten arbeiteten. Noch immer ständen wir im Ausverkauf der deutschen Wirtschaft. Der Ausverkauf des deutschen Eigentums sehe sich in unglücklichem Maße in dem Ausverkauf der deutschen Landwirtschaft fort. Damit hand in Hand gehe eine Senkung der Produktion der deutschen Landwirtschaft. Die Landwirtschaft habe versucht, die Produktion zu erhöhen, sie stehe heute aber vor der Unmöglichkeit der Erfüllung, und wenn das Steuer nicht herumgeworfen werde, werde unsere Stellung gegenüber dem Auslande in bezug auf Ein- und Ausfuhr noch hilfloser werden. Das Endergebnis werde große Arbeitslosigkeit sein und der Zusammenbruch der Grundlage aller Löhne und Beamtenegehälter.

Dieser Reichstag sei allmächtig, sei der Souverän des deutschen Volkes, habe aber im größten Teil des Reiches, in Preußen, nichts zu sagen. Die deutsche Politik sei ein unberechenbares Ergebnis wechselnder Möglichkeiten in Preußen und im Reich. Das sei das schrecklichste System, das es in einem großen Staate überhaupt gebe. Es habe sich kürzlich ein Bund zur Erneuerung des Reiches gebildet. Diefem drohe aber die Gefahr, daß eine Fülle von Einzelheiten in den Vordergrund drängen, und daß dadurch eine Verbunkelung der Kernpunkte des Problems herbeigeführt werde. Das Zerbild des Parlamentarismus müsse beseitigt werden, in dessen Mittelpunkt der Paragraph 54 stehe, der besagt, daß jedes Ministerium das Vertrauen des Parlaments haben müsse.

Gegen das amerikanisch-englische Wettrüsten.

Senator Borah fordert zum Vorgehen gegen kriegsheerische Redner auf.

New York. Der bekannte amerikanische Senator Borah sprach sich allerschärfstens gegen das amerikanisch-englische Wettrüsten aus. Der Senator sah sich zu seiner Rede veranlaßt durch eine Rede des Admirals Plumett, der den Krieg mit England für nahe und unvermeidlich erklärte und durch die Forderung des Admirals Hughes, des Chefs der amerikanischen Flottenoperationsleitung auf den Riesenausbau der amerikanischen Marine.

Senator Borah fordert Amerikas Bevölkerung auf, schnellstens gegen alle kriegsheerischen Reden vorzugehen, da sie unheilvoll seien. Ein derartiges vergrößertes Flottenprogramm in Verbindung mit Erklärungen der Admirale beider Länder seien dazu angetan, Krieg heraufzubeschwören. Eine große amerikanische Flotte sei kein Handelschutz mehr, sondern ein Instrument für den nahezu unvermeidlichen Krieg. Admiral Hughes forderte nämlich nicht nur ein Riesensprogramm, sondern erklärte, daß das nur ein Anfang sei. Gleichzeitig drückte Hughes die Möglichkeit von Reibungen aus, die den Krieg bedeuten würden. Senator Borah erinnerte an das Beispiel des englisch-deutschen Wettrüstens und erklärte, daß alle Nationen rüsten würden, wenn eine zu rüsten begänne. Einige Drohungen genügten und der Krieg sei da.

Neuwahlen in Japan.

Die japanische Regierung hat das japanische Parlament, wie man aus Tokio meldet, aufgelöst. Die Neuwahlen sollen am 20. Februar stattfinden.

Politische Rundschau.

Starke Inanspruchnahme des Reichspartkommissars. Wie verlautet, werden jetzt nach der Länderkonferenz außer Hessen, Thüringen und Braunschweig noch einige weitere Länder in der nächsten Zeit die Prüfung ihrer Verwaltung durch den Reichspartkommissar beantragen. Gegenwärtig ist man damit beschäftigt, eine Geschäftsordnung für die nachgeordneten Reichsbehörden aufzustellen. Die Arbeiten haben vor dem Abschluß.

Die Einnahmen im Dezember 1927. Die Einnahmen